Linkes Echo

In dieser Ausgabe:

Zum 116. Frauentag	Seite 3
Friedenspolitischer Beschluss des Landesparteitages vom 4.3.17 in Bad Langensalza	Seite 4
Vor 65 Jahren: Todesschüsse vor der Gruga-Halle - Teil I	Seite 14/15

Infoblatt der Partei DIE LINKE. im Ilm-Kreis | 23. Jahrgang, April | Preis: Spende

Raus zum Ostermarsch, gegen Krieg und Waffenexporte, gegen Drohnenausbildung und Truppenübungsplätze.

So gesehen...

...brauchen wir linke Antworten. Die AfD wird mittlerweile von der Bevölkerung eindeutig als »rechts« eingeordnet, DIE LINKE dagegen eindeutig als »links« beschrieben. Ergänzt um die einschlägigen Langzeitstudien zu politischen Einstellungen und die alltäglichen Erfahrungen der letzten Monate mit »Wutbürgern«, ihren E-Mail- und Facebook-Nachrichten an Abgeordnete, Parteibüros oder JournalistInnen sowie den Demonstrationen von Pegida und AfD wird deutlich: Wir treffen bei den WählerInnen der AfD auf verfestigte rassistische, rechte und anti-egalitäre Vorstellungen. Es scheint mir für DIE LINKE nahezu unmöglich, diese Menschen in absehbarer Zeit vom Gegenteil ihrer jetzigen Auffassungen zu überzeugen. Das heißt nicht, diese Menschen politisch aufzugeben. Aber es kann uns als linker Volkspartei im Osten nicht vorrangig darum gehen, die Fragen und diffusen Sorgen von AfD-WählerInnen oder aufgebrachten CDU-Treuen zu beantworten, sondern zuerst einmal Antworten auf die Fragen der uns nahestehenden Menschen, unserer WählerInnen und SympathisantInnen, der von uns politisch zu erreichenden Menschen und derjenigen zu geben, die auf uns als die Vertretung ihrer Interessen setzen – das ist im Osten Deutschlands ein breiter Teil der Gesellschaft. Es gilt, jene Menschen mit Sachargumenten für die tagtäglichen Debatten am Küchentisch und am Gartenzaun zu »munitionieren«, damit sie gegenhalten können, sowie die allgemeine Aufgeregtheit aus der Debatte rauszunehmen. Im linksaffinen Milieu, das weitaus größer ist, als DIE LINKE derzeit bei Wahlen an die Urnen mobilisiert, werden soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Sicherheit, Lösungen für aktuelle Probleme, handelnde PolitikerInnen und der Ausgleich gesellschaftlicher Konflikte erwartet. Eine Ende Dezember 2015 durchgeführte Gruppendiskussion mit Wahlberechtigten aus Erfurt zeigte in diesem Kontext interessante Anhaltspunkte, was ein linksaffines Milieu (primäre Parteineigung der TeilnehmerInnen: DIE LINKE, SPD) in Ostdeutschland heute bewegt. Der Alltag aus Arbeit und Leben wird als anstrengender »Überlebenskampf« verstanden, aus dem soziale Zukunftsängste resultieren – seit der ersten Befragung der Gruppe im Dezember 2013 mit steigender Tendenz. Hohe Lebenshaltungskosten, die durch Löhne und Renten nicht ausgeglichen werden können, empörende Unterschiede bei Löhnen und Renten zwischen Ost und West, zunehmende Leistungsanforderungen und ständiger Veränderungsdruck, Verlust des sozialen Miteinanders und eine gesellschaftliche »Orientierung vor allem an Kapitalinteressen«, zu geringe Förderung sozial Benachteiligter und mangelnde Infrastruktur im sozialen Bereich, um Familie und Arbeit sowie Pflege von Angehörigen vereinbaren zu können. Mit Blick auf die Zuwanderung sahen die TeilnehmerInnen der Gruppendiskussion weniger eine Bedrohung durch die Flüchtlinge selbst als durch »ablehnendes bis aggressives Verhalten gegenüber Flüchtlingen aus Angst vor zusätzlichen Belastungen und Einschränkungen für die einheimische Bevölkerung«. Daraus könne eine »zunehmende Polarisierung in der Bevölkerung« entstehen. Aufschlussreich war auch die explizite Beschreibung der Erfurter AfD-Aufmärsche und des Auftretens des Thüringer AfD-Chefs Björn Höcke als direkte Bedrohung (»Aufwiegeln der Massen«). Verlangt wurden »Gegenmaßnahmen«, um die Hetze zu stoppen. Das Agieren der rot-rot-grünen Landesregierung unter Ministerpräsident Bodo Ramelow wurde als vernünftig, verlässlich und solide bewertet, was »dem Bedürfnis der Befragten nach Beständigkeit und Sicherheit« entgegenkommt. Eine gute Arbeit der Landesregierung werde als Entlastung im »Überlebenskampf« wahrgenommen. Ausdrücklich wird auch der Umgang der Thüringer Landesregierung mit der Flüchtlingspolitik (Integration und Versorgung) als gut bewertet. Dem Ministerpräsidenten werden dabei authentisches Agieren, Sachlichkeit, Menschlichkeit und aktive Gestaltung von Politik zugeschrieben. Politisch erwartet werden Maßnahmen, die zu »Entlastung, Beständigkeit und Sicherheit« beitragen, wobei Sicherheit hier offenbar auch maßgeblich soziale Sicherheit und ein planbares Leben umfasst. Konkret genannt wurden Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zum Beispiel durch Investitionen in Einrichtungen oder einen »Familienpass« für Vergünstigungen im Alltag mit Kindern, die Begrenzung von Mietsteigerungen, mehr sozialer Wohnungsbau, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Anreizen zur Ansiedlung von Unternehmen, die Unterstützung von Pflegebedürftigen und Maßnahmen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Mit Blick auf die Flüchtlingspolitik wurden gute Integrationsmöglichkeiten, Aufklärung der Bevölkerung und die Ahndung von Straftaten gefordert. Zudem müsse »darauf geachtet werden, dass die einheimische Bevölkerung sich nicht ›vernachlässigt‹ fühle«.

Susanne Hennig-Wellsow

Inhalt:

So gesehen…	Seite 2
Zum 106. Internationalen Frauentag 2017	Seite 3
Friedenspolitischer Beschluss des Landesparteitages vom 4.3.17 in Bad Langensalza	Seite 4
Schutz der Verfassung oder Schutz des Verfassungsschutzes	Seite 5
Arnstädter Bürgermeister gegen Stadtratsbeteiligung bei Finanzentscheidungen	Seite 6
Wo das linke Herz schlägt oder: ist Frieden wichtiger als Gerechtigkeit?	Seite 7
Zum 100. Jahrestag der Gründung der USPD in Gotha	Seite 8
Frauentags Feier in Gehren	Seite 10
Thüringen rockt! Die LINKE lädt ein zu Konstantin Wecker.	Seite 11
Pfingsten am Werbellinsee	Seite 12
Das aktuelle Buch: „Jetzt Reden wir weiter!“	Seite 13
Vor 65 Jahren: Todesschüsse vor der Gruga-Halle - Teil I	Seite 14
Termine	Seite 16

Zum 106. Internationalen Frauentag 2017

In Zeiten von Donald Trump ist es bemerkenswert festzustellen, dass der Internationale Frauentag eine aus den USA stammende Idee ist. Dort hatten Frauen der Sozialistischen Partei Amerikas (SPA) 1908 ein Nationales Frauenkomitee gegründet, welches beschloss, einen besonderen nationalen Kampftag für das Frauenstimmrecht zu initiieren.
Dieser erste Frauentag in den USA am 28. Februar 1909 war ein Erfolg – auch weil sich bürgerliche Frauenrechtlerinnen den Forderungen nach dem Frauenwahlrecht anschlossen und gemeinsam mit den Sozialistinnen demonstrierten. Die Idee, diese Form des Protestes zu wiederholen führte 1910 im Februar in Nordamerika zu einer Vielzahl von Frauendemonstrationen für das Wahlrecht.
Die US-Amerikanerin May Wood Simons brachte die Idee zu einem solchen Tag mit nach Kopenhagen und inspirierte die deutschen Sozialistinnen Clara Zetkin und Käte Duncker, die sich auf dem auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen für den Frauentag einsetzten und den Beschluss herbeiführten.

> ***„Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. [...] Der Frauentag muß einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.“***

Seitdem hat der Tag definitiv einen progressiven revolutionären Charakter.
Der Beschluss in Kopenhagen lautete:
„Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. [...] Der Frauentag muß einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.“
Der erste Frauentag wurde dann am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz gefeiert. Mit der Wahl des Datums sollte der revolutionäre Charakter des Frauentags hervorgehoben werden, denn der Vortag, der 18. März, war der Gedenktag für die Gefallenen während der Märzrevolution 1848. Außerdem hatte auch die Pariser Kommune 1871 im März begonnen.

Warum der 8. März?

Am 8. März 1917 – nach dem damals in Russland verwendeten julianischen Kalender der 23. Februar – streikten in Sankt Petersburg die Bewohnerinnen der armen Stadtviertel auf der Wyborger Seite. Arbeiterinnen, die Ehefrauen von Soldaten und erstmals auch Bäuerinnen gingen gemeinsam auf die Straße und lösten so die Februarrevolution aus.
Zu Ehren der Rolle der Frauen in der Revolution wurde auf der Zweiten Internationalen Konferenz kommunistischer Frauen 1921 in Moskau auf Vorschlag der bulgarischen Delegation der 8. März als internationaler Gedenktag eingeführt.

Nach anderer Darstellung war es nach Aufforderung von Alexandra Kollontaj und anderen Vorkämpferinnen Lenin, der in diesem Jahr, 1921, den 8. März zum „Internationalen Frauentag“ erklärte.
Danach kam es zu einer ersten Spaltung der Frauentagsbewegung in kommunistisch und sozialdemokratisch geprägte Feiern.

8.März als Gesetzlicher Feiertag

Heute ist der 8. März in Angola, Armenien, Aserbaidschan, Burkina Faso, Eritrea, Georgien, Guinea-Bissau, Kasachstan, Kambodscha, Kirgisistan, Laos, Madagaskar, Moldawien, in der Mongolei, in Nepal, Russland, Sambia, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan, Uganda, in der Ukraine, in Usbekistan, Vietnam und Weißrussland ein gesetzlicher Feiertag.
In der VR China ist der Nachmittag für Frauen arbeitsfrei.
In der Autonomen Region Kurdistan beschloss die Regierung im Jahr 2012, am 8. März einen „Tag des traditionellen kurdischen Kleides“ als alternatives Angebot zum Frauentag zu veranstalten.
Der weltweite Kampf der Frauen für die Anerkennung ihrer Rechte konnte seitdem einiges bewegen, vor allem in Europa.
Frauen sind in einigen Bereichen auf der Überholspur. Sie erzielen ebenso erfolgreich Berufs- und Bildungsabschlüsse und schneiden häufig sogar besser ab.
Frauen haben Männerdomänen erobert, zum Beispiel im Sport (Skispringen, Fußball, Biathlon) und genießen hohe gesellschaftliche Anerkennung.
Dennoch erhalten z.B. in Deutschland Frauen bei gleicher Qualifikation durchschnittlich 22 Prozent weniger Lohn als Männer. 65 Prozent der Beschäftigten, die zu Niedriglöhnen arbeiten müssen, sind Frauen. In den Vorständen der 200 größten deutschen Unternehmen sind sie nur mit vier Prozent vertreten. Frauen sind häufig in Bereichen tätig, wo Tarifverträge nicht existieren oder nicht wirksam sind. In ländlichen Räumen verdienen Frauen sogar 33 Prozent weniger als Männer.
In besonders verantwortungsvollen Bereichen, wie den Pflegeberufen, sind Frauen schwierigsten Arbeitsbedingungen ausgesetzt und werden dafür miserabel bezahlt.

Was folgt daraus für die politische Arbeit?

Diese Zustände sind nicht hinnehmbar. Anstatt überholte Familienmodelle zu subventionieren, muss das Renten-, Steuer -, Sozial- und Familienrecht reformiert werden. Kinderbetreuung und Pflege müssen aufgewertet werden.
Fehlende Erwerbszeiten werden sich vor allem bei Frauen in Minirenten niederschlagen. Daher muss der Mindestlohn auf mindestens 12,-€ erhöht und die soziale Infrastruktur ausgebaut werden. Dazu gehören Kitas und Ganztagsschulen ebenso wie hochwertige Netze von Familien- und Jugendhilfeangeboten.
Und natürlich steht die Frage der Rentengerechtigkeit ganz oben auf der politischen Agenda.
Sind doch besonders Frauen dem Risiko der Altersarmut ausgesetzt. Hierzu bedarf eines solidarischen Ausgleichs.
Die LINKE hat am heutigen Tag darum völlig zu Recht gefordert, die Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich zu verkürzen Pflegeberufe aufzuwerten und 100000 neue Stellen für Pflegekräfte zu schaffen.

Jens Petermann

Friedenspolitischer Beschluss des Landesparteitages vom 4.3.17 in Bad Langensalza

Von den Medien bezeichnenderweise nicht zur Kenntnis genommen wurde ein, wie ich meine, richtungsweisender Antrag beraten und mehrheitlich angenommen. Unter der Überschrift „Der Frieden ist in Gefahr“ hat der Landesparteitag den Landesvorstand beauftragt, einen Beschlussantrag zum Bundesparteitag einzubringen, mit dem dafür Sorge getragen werden soll, dass die friedenspolitischen Programmpunkte des Wahlprogramms an die Spitze des Bundestagswahlprogrammes gesetzt werden und nicht als Punkt 16 an dessen Ende.

Einreicher dieses Antrages war der Landessprecherrat der Kommunistischen Plattform in der Partei DIE LINKE Thüringen. Den in diesem Antrag vertretenen Auffassungen kann man nur beipflichten. Im letzten Jahrzehnt wurde Europa Schritt für Schritt systematisch und vorsätzlich durch den Westen unter Führung der USA in einen neuen Kalten Krieg getrieben. Die Illusionen des Jahres 1990, als nach der Auflösung des Warschauer Vertrages der Ost-West-Konflikt überwunden schien und der erste Kalte Krieg beendet war, sind verflogen. Die Fakten sprechen eine eindeutige Sprache. Haben die USA im Jahr 1990 200 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben, waren es im Jahre 1999 400 Milliarden und im Jahre 2016 bereits 650 Milliarden. Nunmehr sollen unter dem neu gewählten Präsidenten Trump die Rüstungsausgaben im Jahre 2017 um weitere 54 Milliarden Dollar drastisch auf über 700 Milliarden erhöht werden. 2003 wurde der ABM-Vertrag, d.h. der Vertrag über das Verbot von Raketenabwehrsystemen einseitig durch die USA gekündigt. Zur Erinnerung: Dieser Vertrag war der Grundlagenvertrag für alle nachfolgenden Vereinbarungen über Rüstungsbegrenzung, -kontrolle und Abrüstung zwischen der USA und der damaligen Sowjetunion. Der wechselseitige Verzicht auf Raketenabwehr war die entscheidende vertrauensbildende Maßnahme als Grundlage für die folgenden Verträge zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung der strategischen Atomwaffen.

Dass 2007 während des G8-Treffens in Heiligendamm unterbreitete Angebot Russlands, ein internationales Raketenabwehrsystem unter Beteiligung der USA, der europäischen Staaten und Russland aufzubauen, wurde abgelehnt, nicht einmal diskutiert. Der Friedensnobelpreisträger Obama hat dann den Aufbau des offenkundig gegen Russland gerichteten Raketenabwehrsystems in Osteuropa weiter vorangetrieben und damit die Welt erneut in einen Kalten Krieg zurückgezerrt. Längst dürfte klar sein, dass in Syrien ein Stellvertreterkrieg der beiden Weltmächte tobt. Syrien ist das Korea des 21. Jahrhunderts. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Nunmehr fordern die USA eine weitere dramatische Aufrüstung. So soll Deutschland seine Rüstungsausgaben in absehbarer Zeit auf 2% des Bruttoinlandsproduktes erhöhen. Das bedeutet, dass die Rüstungsausgaben von 40 auf 76 Milliarden Euro jährlich steigen werden.

Es bedarf keiner Auffanglager für Flüchtlinge, sondern das Ende der Stellvertreterkriege. Es bedarf eines deutschen und europäischen Marshallplans für die kriegsverwüsteten Länder und das von imperialistischer Ausbeutung zerrüttete Afrika, damit die Menschen dort wieder eine Perspektive haben und nicht Millionen nur in der Flucht eine Alternative sehen. Hierzu sollten die wirtschaftlichen Kräfte der deutschen und europäischen Volkswirtschaften eingesetzt werden und nicht für eine irrsinnige Aufrüstung mit Hunderten Milliarden Euro, die letztendlich verpulvert werden. Wer hätte vor 30 Jahren geglaubt, dass nach den Katastrophen zweier Weltkriege die Furie des Krieges erneut nach Europa zurückkehren würde?

In der Zwischenzeit haben wir uns anscheinend daran gewöhnt. Nach einem thermonuklearen Krieg in Europa ist die Höhe des Mindestlohnes oder die Frage der Rentengerechtigkeit von relativ geringer Bedeutung.

Insofern hat der Landesparteitag mit der Entscheidung, die Friedenspolitik an die Spitzes des Bundestagswahlprogramms zu stellen, zu Recht eine richtungsweisende Entscheidung getroffen.

Gerhard Pein
Parteitagsdelegierter

Schutz der Verfassung oder Schutz des Verfassungsschutzes
Gedanken zu einer entsprechenden Debatte auf dem Landesparteitag

Während medial der friedenspolitische Beschluss des Landesparteitages keinerlei Beachtung fand, wurde geradezu genüsslich die Diskussion über den Thüringer Verfassungsschutz kolportiert, ohne jedoch auch nur in Ansätzen inhaltlich Stellung zu nehmen. Auch unter der rot-rot-grünen Landesregierung werden Teile der Partei DIE Linke durch den Thüringer Verfassungsschutz überwacht, so die Kommunistische Plattform Thüringens.

Bisher sahen sich die LINKEN in der Landesregierung nicht in der Lage dafür Sorge zu tragen, dass eine offenkundig diskreditierende Überwachung von Teilen der eigenen Partei unterbleibt. Nach der unsäglichen Ausführung eines Björn Höcke (AfD) zur deutschen Erinnerungskultur in seiner sogenannten Dresdner Rede erklärte vor einigen Wochen der Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes auf Anfrage, er sehe keine Veranlassung, Teile der AfD überwachen zu lassen, da von diesem Personenkreis keine Gefährdung ausgehen würde, soweit entsprechende Medienberichte. Folgerichtig hat Herr Höcke zwischenzeitlich noch einen drauf gesetzt und erklärt, auch bei Hitler solle man eine differenzierte Betrachtungsweise wählen und auch positive Seiten seines Wirkens bewerten. Es gebe, so Höcke, eben hier auch Grautöne. Zumindest war dies wiederum vor kurzem entsprechenden Presseberichten zu entnehmen.

Wie gesagt, sieht der Thüringer Verfassungsschutz keine Veranlassung, Teile der AfD mit offensichtlich rechtsradikaler Gesinnung zu überwachen. Mit einer entsprechenden Argumentation hatte bekanntlich das Bundesverfassungsgericht Anfang des Jahres den Antrag auf Verbot der rechtsextremen NPD abgelehnt, zwar würde die Partei verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, aber sie sei zu unbedeutend und es würde von ihr keine Gefahr ausgehen, so dass ein Eingriff in die Grundrechte, der Meinungsfreiheit und ein Verbot dieser Partei nicht erforderlich sei.

Beim Verbot der KPD im Jahr 1956 hat das gleiche Bundesverfassungsgericht das natürlich ganz anders gesehen. Bei der Bundestagswahl 1953 hatte die KPD nur 2,2% der Stimmen erhalten, während die NPD 2013 1,6% erhielt. Offenkundig besteht der Unterschied zwischen gefährlich und nicht gefährlich, aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichtes, bei 0,6% der Wählerstimmen. Da keine ernstzunehmende Gefahr von der NPD ausgeht, bedarf es keines Verbotes und da auch von offensichtlich rechtsradikalen Personen innerhalb der AfD keine Gefahr ausgehe, bedarf es auch keiner Überwachung. Das ist etwa so, als wenn ein Arzt, der bei einem Patienten einen Krebstumor diagnostiziert mit der Begründung, dieser habe noch keine Metastasen verursacht eine Operation ablehnt.

Für den Unterzeichneten stellt sich hier die Frage, ob ein solcher Verfassungsschutz die Verfassung schützt oder ob nicht eines Tages der Tag kommt, wo die Verfassung vor dem Verfassungsschutz geschützt werden muss.

Pein
Parteitagsdelegierter

Der Kreisvorstand informiert über neue Mitglieder des Kreisverbandes*:

Ludwig, Domenico; 27 Jahre Ilmenau

Gemäß §2 der Bundessatzung informiert der Kreisvorstand an dieser Stelle über neue Mitglieder. Jedes Mitglied hat das Recht, innerhalb von 6 Wochen Einwände beim Kreisvorstand vorzutragen.“

JEDER EURO HILFT, VIELEN DANK!

DIE LINKE. KV Ilm-Kreis

IBAN:	**DE15840510101810008871**
BIC:	**HELADEF1ILK**
Verwendungszweck:	**Spende für ... (Name, Vorname)**

Aus dem Arnstädter Rathaus

Arnstädter Bürgermeister gegen Stadtratsbeteiligung bei Finanzentscheidungen

DIE LINKE. im Arnstädter Stadtrat hat kein Verständnis für die Blockadehaltung des Bürgermeisters hinsichtlich der Beteiligung des Stadtrates an städtischen Finanzentscheidungen. Gerade aufgrund der zahlreichen finanziellen Fehlentscheidungen und Fehleinschätzungen in jüngster Vergangenheit durch den Bürgermeister hält DIE LINKE. eine stärkere Einbindung des Stadtrates in Finanzentscheidungen für geboten.

Konkret geht es der LINKEN dabei um die Übertragung nicht verbrauchter Gelder ins nächste Jahr. Investitionsmittel, die die Stadt bis zum Jahresende nicht ausgegeben hat, können durch die Bildung von sogenannten Haushaltsresten ins folgende Jahr übertragen werden. Buchungstechnisch werden dabei diese Ausgaben in der Jahresrechnung bereits erfasst. Für die Öffentlichkeit sind somit diese Gelder bereits ausgegeben, tatsächlich aber noch nicht. Umgangssprachlich werden diese Vorgänge als sogenannte „Schattenhaushaltswirtschaft“ bezeichnet. Sie lassen viel Raum für Spekulationen zu, weshalb DIE LINKE. hier zurecht mehr Transparenz fordert. In der Stadt Arnstadt geht es dabei oftmals um Millionenbeträge. Die Übertragung von Geldern in das nächste Haushaltsjahr ist durchaus notwendig, z.B. dann, wenn Aufträge bereits ausgelöst aber noch nicht vollständig abgearbeitet oder in Rechnung gestellt worden. In vielen Fällen ist diese Übertragung aber auch strittig, stehen doch diese Gelder letztlich dem Stadtrat nicht für andere Maßnahmen zur Verfügung.

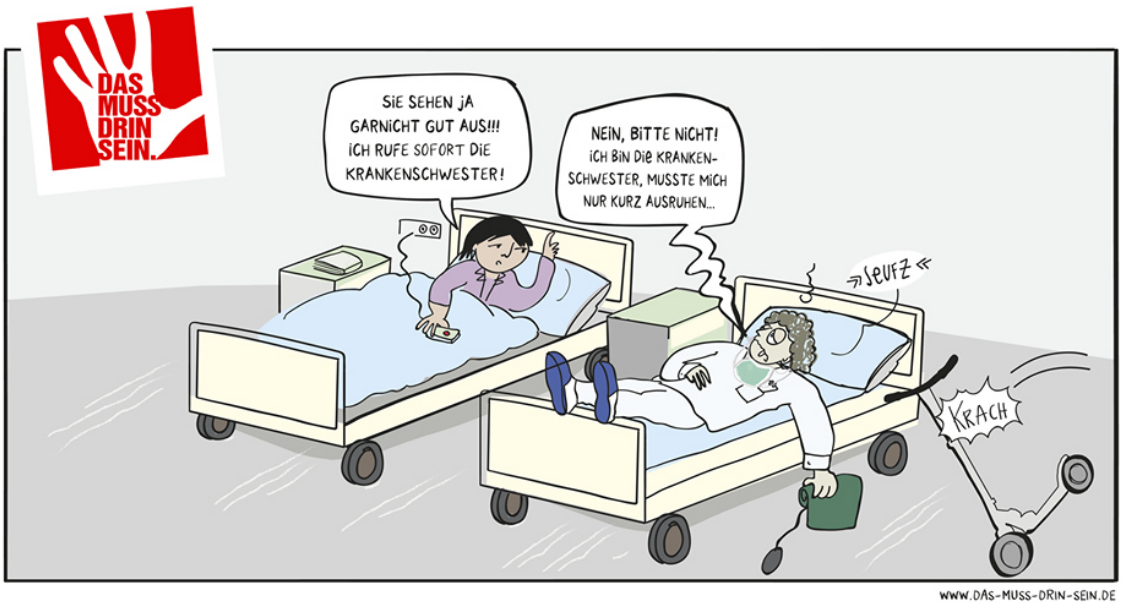
Bisher hat der Bürgermeister allein die Entscheidungen zur Bildung von Haushaltsresten getroffen. Der Stadtrat wurde nur durch die Jahresrechnung zu einem späteren Zeitpunkt informiert. DIE LINKE. schlägt nun ein Beteiligungsverfahren für den Stadtrat vor, das im Kreistag bereits seit 1994 praktiziert wird. Im Kreistag muss der Finanzausschuss der Bildung der Haushaltsreste, die von der Verwaltung vorgeschlagen werden, zustimmen.

Was im Kreistag funktioniert, dürfte in Arnstadt eigentlich auch umsetzbar sein. Doch dies will der Bürgermeister Alexander Dill (Der Unabhängige) überhaupt nicht einsehen. Er sah sich wie so oft durch einen Vorschlag der LINKEN in seinen Rechten beschränkt und droht mal wieder gleich mit Beanstandung bei der Kommunalaufsicht.

Sein Stellvertreter Ulrich Böttcher (FDP) brachte die Position des Bürgermeisters, zu der er sich vollständig bekannte, auf den Punkt: Transparenz und Mitentscheidung durch den Stadtrat sind für die Stadt schädlich, verzögern Entscheidungen und kosten auch noch Zeit. Anders formuliert: nur wenn der Bürgermeister ungestört vom Stadtrat und der Öffentlichkeit seine Vorstellungen von Stadtpolitik umsetzen kann, ist die Welt in Ordnung. DIE LINKE. will hingegen eine Räterepublik, in der der Bürgermeister auch noch Beschlüsse des Stadtrates umsetzen und er über sein Tun öffentlich Rechenschaft ablegen muss. So deutlich haben der Bürgermeister und sein Stellvertreter selten ihre Abneigung gegen demokratische Spielregeln öffentlich gemacht. Dass dabei SPD und BürgerProjekt den Bürgermeister unterstützen, überrascht nun nicht mehr, sondern ist seit 2012 immer so.

DIE LINKE. hält an ihrem Vorschlag fest und wird für ihn im Stadtrat weiter werben.

Frank Kuschel



Wo das linke Herz schlägt
oder: ist Frieden wichtiger als Gerechtigkeit?

NEIN, darauf lässt sich die am 28. 3. im bewährtem Versammlungs-lokal Hochhausklub durchgeführte Mitgliederversammlung der Linken Ilmenaus nicht reduzieren, wenn auch die Frage eine nicht unerhebliche Rolle in der Diskussion spielte. Doch zunächst wurde vor den Mitgliedern aus Ilmenau, Geraberg, Gehren und Langewiesen auf die vergangenen Wahlen zurückgeblickt und Situation analysiert. In Hinblick auf das vorhandene Wählerpotential sei ein zweistelliges Ergebnis nicht nur möglich, sondern es wird mit aller Kraft angestrebt, so der Tenor der Präsentation. Aber, vor den erhofften Erfolg, daran ließen die Äußerungen der Genossinnen und Genossen, die in der Diskussion sprachen keinen Zweifel, wird der Schweiß fließen müssen, soll heißen alle Potentiale sind zu erschließen. Es gilt nicht nur das Gespräch mit unseren Wählern zu suchen, sondern es engagiert auf allen Ebenen, sei es mit Nachbarn, am Arbeitsplatz, am Gartenzaun oder am Infostand zu führen. Deshalb war es auch wichtig gemeinsam über den Entwurf des Wahlprogramms zu diskutieren, welches in seiner Kurzfassung in der Hand aller Teilnehmer war. Anlass für die Direktkandidatin unseres Wahlkreises Anke Hofmann-Domke ihre Sicht auf die Wahl und das Programm darzustellen. Wer sie kennt weiß, sie neigt eher zur sachlichen Analyse, denn zu trügerischen Hochstimmungen, und so war auch ihre Betrachtung des saarländischen Wahlergebnisses davon geprägt, dass die Linke zwar zweistellig geblieben ist aber 3 Prozentpunkte verlor. Trotzdem, so Anke ein Politikwechsel ist möglich. Dies, fanden auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und sicherten ihre kräftige Unterstützung zu. In den Meinungsäußerungen wurde darauf verwiesen, die Ziele des Wahlprogrammes auf den Ilm-Kreis herunter zu brechen. „Tue Gutes und sprich darüber“, sagte Jörn-Uwe Müller und schlug vor, ein Flugblatt zu entwickeln, in dem die Erfolge linker Politik im Kreis dargestellt sind. Er würde sich auch mit einer Spende, so Genosse Müller an der Herstellung beteiligen. Anlass für Genossen Bauerschmidt den Gedanken auf zugreifen. „Es geht nur konkret“, führte er aus und forderte: “Lasst uns mit unseren Pfunden wuchern!“ Und diese wiegen schwer: das neue Schülerfreizeitzentrum, den Erfolg des Rennsteig-Shuttles, die Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft, die Investitionen in die Schulen. Aber auch an einer anderen Frage entzündet sich die Diskussion: wie wichtig ist der Frieden. Ohne Frieden ist alles nichts stellten Genossen fest und forderten dieses Ziel an die Spitze des Programms zu stellen. Genossin Hofmann-Domke verwies auf einen entsprechenden Antrag des Landesparteitages an den Bundesparteitag. Es gab Übereinstimmung die Friedenspolitik als ein Kernstück der Programmatik der Linken zu sehen, aber es wurde auch auf die Zusammenhänge zwischen Sozialpolitik und der zentralen Frage gesellschaftlicher Gerechtigkeit und einer Antikriegshaltung verwiesen. So weit zu gehen, wie ein Genosse, der mit dem Austritt drohte, wenn es mit einer Linken in der Regierung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr käme, wollten viele nicht gehen. Letztendlich war es ein eindeutiges Signal aus der Versammlung- die Linke in Ilmenau und dem südlichen Ilm-Kreis steht solidarisch hinter unserer Direktkandidatin.

Text: K.-H. Mitzschke; Fotos: Gerhard Sachse

Zum 100. Jahrestag der Gründung der USPD in Gotha

Am 6. April 1917 gründete sich in Gotha die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Dem wird am 6. April 2017 ein wissenschaftliches Kolloquium zur Spaltung der Arbeiterbewegung gewidmet sein. Veranstaltungsort: Gotha „Tivoli".
Dazu der nachstehende Beitrag.

Vorbemerkung.
Das Zusammenwirken, das gemeinsame Handeln, die Einheit der sozialistischen Bewegung ist eines der augenscheinlichsten, aber offenbar auch andauerndsten und kompliziertesten Probleme.
„Können denn die Linken nicht einig sein" – wer hat diesen Stoßseufzer noch nicht gehört? Prozesse der Vereinigung und der Spaltung sind Elemente der Entwicklung der sozialistischen Bewegung in der gesamten Geschichte. Ein markantes und lehrreiches Moment dieser Entwicklung sind Entstehen, Wirken und Vergehen der USPD.

Zu Vorgeschichte.
1875 vereinigten sich in Gotha der von Ferdinand Lassalle gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die von August Bebel und Wilhelm Liebknecht geführte – von Marx und Engels als „ihre Partei" betrachtete – Sozialdemokratische Arbeiterpartei zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Diese Partei – die sich seit 1890 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) nannte – wurde bereits 1890 wahlstärkste deutsche Partei und war die größte und einflussreichste sozialistische Partei der Welt. Nach 42 Jahren Existenz dieser einheitlichen sozialistischen Partei gründeten am 6. April 1917 im gleichen Gotha Vertreter der Opposition aus 91 (von 357) Wahlkreisorganisationen und 15 Reichstagsabgeordnete (von 110) der SPD die selbstständige, alternative USPD.
Wie war es dazu gekommen?
Am 4. August 1914 hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einstimmig die Kriegskredite bewilligt. Das stand im krassem Gegensatz nicht nur zu den Beschlüssen der Internationalen Sozialistenkongresse von Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910) und Basel (1912), die von der SPD mitgetragen wurden, sondern auch zu den Erklärungen des Parteivorstands noch wenige Tage zuvor. Am Vortage hatte sich in der Fraktion eine Minderheit, u.a. auch Karl Liebknecht gegen die Kreditbewilligung ausgesprochen. Aus Parteidisziplin und um „die Einheit der Partei" nicht zu gefährden, beugten sie sich der überwiegenden Mehrheit der Fraktion, die der 1913 verstorbene August Bebel „eine merkwürdig gemischte Gesellschaft" genannt hatte. Mit dieser Zustimmung im Reichstag war die Unterstützung des imperialistischen Krieges gegeben. Liebknechts „Nein!" im Reichstag am 2. Dezember 1914 wirkte wie ein Befreiungsschlag. Entschiedene Unterstützung fand er aber nur bei den Linken um Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Franz Mehring. Sie gaben im April 1915 die Zeitschrift „Die Internationale" heraus. Erst im Dezember 1915 stimmten auch weitere 18 Abgeordnete gegen die Kriegskredite, mit der Begründung, nun seien die deutschen Grenzen gesichert.

Die Gründung der USPD.
Der Parteitag nahm als programmatisches Dokument fast einstimmig ein von Karl Kautsky verfasstes Manifest an. Darin hieß es, die Opposition habe sich „eine einheitliche Organisation geschaffen, um ihre Kräfte nicht zu verzetteln, sondern sie zu wuchtiger Beteiligung im Dienste des proletarischen Befreiungskampfes zusammenzufassen. Dieser Kampf ist durch die Politik der Regierungssozialisten des Parteivorstandes ... der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags aufs Schwerste geschädigt worden."
Das Dokument stellte wichtige aktuelle demokratische Forderungen, verlangte einen Frieden ohne Annexion und würdigte die wenige Wochen zuvor vollzogene russische (Februar-) Revolution. Leider zog dieses Dokument daraus keine praktische Schlussfolgerungen.
Trotz schwerwiegender Defizite war die Gründung der USPD – zu deren Vorsitzenden Hugo Haase und Georg Ledebour gewählt wurden – ein Schritt nach vorn. Nun gab die Existenz einer konkurrierenden legalen Partei, der USP, den Arbeitern die Chance, ihre Abwendung von der Politik des „Burgfriedens" offen zu zeigen.
Das mussten die rechten SPD-Führer im Interesse ihres Masseneinflusses berücksichtigen, in ihrer Anpassung an die herrschende Politik vorsichtiger sein, und „die Teile der Opposition in der sozialdemokratischen Mehrheitspartei, die aus Organisationstreue den Weg zur USP nicht mit vollzogen hatten, erhielten nun doch etwas mehr Spielraum, der erst die Gründung der USP verschafft hatte."
Aus diesen Gründen schloss sich auch die Spartakusgruppe als politisch-ideologisch selbstständig, als organisierte politische Richtung der USPD an.
In der Folgezeit nahmen Mitglieder und Funktionäre der USPD aktiv teil an den gegen den Krieg gerichtete Streikbewegungen, wie im April 1917 und Januar 1918, und anderen Antikriegsaktionen. Die revolutionären Matrosen der Hochseeflotte um Max Reichpietsch und Albin Köbis fühlten sich der USPD verbunden.

In der „Revolutionsregierung"
Zu einem Wendepunkt in der Entwicklung der USPD wurde die Novemberrevolution 1918. In München rief Kurt Eisler die Republik aus, in Berlin organisierten linke USPD-Funktionäre mit Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck und anderen Spartakusleuten die revolutionäre Massendemonstration am 9. November 1918, die die Militärdiktatur stürzten und die Republik erzwangen. Am 10. November bildeten Vertreter der USPD und der SPD den Rat der Volksbeauftragten.
Die USPD-Führer erfüllten objektiv zwei

Funktionen. Zum einen dienten sie als Feigenblatt für die aktiv und bewusst konterrevolutionäre Tätigkeit ihrer SPD-Kollegen. Zum anderen ließen sie sich selbst in diese Tätigkeit einbinden.
Die Erfahrungen dieser Revolutionswochen, die Vorstöße der Konterrevolution und die Enttäuschung über die USPD-Regierungstätigkeit hatten nicht nur Teile der Arbeiterklasse sensibilisiert, sondern auch in der USPD Ansätze einer Linksentwicklung geschaffen.

Ausscheiden des Spartakusbundes
Am 29. Dezember 1918 beschloss die Reichskonferenz des Spartakusbundes gegen drei Stimmen die Trennung von der USPD und die Gründung einer eigenen Partei. Am 30. Dezember setzte sie ihre Beratungen als Gründungsparteitag fort und fasste den Beschluss über die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Linksentwicklung
1919/1920 vollzog sich in der USPD eine bemerkenswerte Linksentwicklung. Die großen Streikbewegungen und politischen Massenaktionen des Frühjahrs 1919, in denen Mitglieder und Organisationen der USPD eine hervorragende Rolle spielten und wichtige Erfahrungen sammelten, widerspiegeln sich auch in der Entwicklung der politischen und programmatischen Positionen der USPD.
In der Erklärung des Parteitages der USPD im März 1919 heißt es u.a.: Die USPD „erstrebt die Diktatur des Proletariats ... als notwendige Vorbedingung der Verwirklichung des Sozialismus."
Auch bei der Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920 standen die Mitglieder und Organisationen der USPD in den ersten Reihen, ebenso in der breiten und machtvollen Bewegung „Hände weg von Sowjetrussland". Bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 verlor die SPD die Hälfte aller Stimmen, während die USPD ihre Stimmenzahl mehr als verdoppeln konnte.
II. oder III. Internationale?
Ein wesentlicher Aspekt der Linksentwicklung war die Bestimmung des Verhältnisses der USPD zur II. und zur III. (Kommunistischen) Internationale. Der Leipziger Parteitag, Dezember 1918 hatte den Bruch mit der II. Internationale und Verhandlungen mit der III. Internationale beschlossen. Der 2. Kongress der Kommunistischen Internationale stellte jedoch der USPD von Lenin ausgearbeitete Bedingungen für ihre Aufnahme in die Kommunistische Internationale. Die der Kommunistischen Internationale beitretenden Parteien „die Notwendigkeit des vollständigen Bruchs mit dem Reformismus und der Politik des „Zentrums" anerkennen, ihre gesamte Tätigkeit entsprechend umgestalten und ihre Führungsgremien so zusammensetzen, dass „ der Unterschied zwischen den Kommunistischen Parteien und den alten Parteien und den alten offiziellen „sozialdemokra-tischen" oder „sozialis-tischen" Parteien, die das Banner der Arbeiterklasse verraten haben, vollkommen klar wäre." Auf dem Parteitag in Halle vom Oktober 1920 wurden die Aufnahmebedingungen mehrheitlich angenommen. Nach der Abstimmung in dem der rechte Flügel eine Niederlage erlitten hatte, verließen seine Delegierten den Parteitag und konstituierten sich als Selbstständige Partei und spaltete die USPD.
„... der Selbstmord der USPD"
Der weiter agierende Teil der USPD, der eine antikommunistische Linie verfolgte, tendierte auf einen Zusammenschluss mit der SPD.
Ende August vereinbarten beide Parteiführungen die Vereinigung auf der Grundlage eines gemeinsam ausgearbeiteten Programms.
Der USPD Parteitag vom September 1922 in Gera beschloss die Vereinigung der USPD mit der SPD auf der Grundlage des Aktionsprogramms.
Eine Bilanz der Entwicklung der USPD ergibt vor allem drei Resultate:
Erstens: Der mit der Gründung der USPD 1917 offensichtlich gewordene Bruch in der deutschen Sozialdemokratie war nicht zu vermeiden und auch nicht rückgängig zu machen.
Zweitens: Die USPD wäre auf die Dauer nur lebensfähig gewesen, wenn sie dem entsprochen und sich als Ganzes zu einer revolutionären, konsequent marxistischen Partei entwickelt hätte.
Drittens: Die teils aus der USPD hervorgegangene und durch die Vereinigung 1922 wieder in die SPD gelangte, teils sich in Verbindung mit dieser und unter ihrem Einfluss entwickelnde Linke in der SPD nach 1922 war immer existent und aktiv.
Sie erlangte aber nie die Dominanz der rechten Sozialdemokratie infrage zu stellen und eine Änderung des von ihr kritisierten Kurses der SPD zu erreichen.

Dieser Text ist eine Zusammenfassung des Artikels „Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands – USPD (1917 – 1922) von Prof. Dr. Heinz Karl, Berlin. Veröffentlicht in „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS": August 2004.

Der Inhalt dieses Beitrages ist nicht nur ein Stück Geschichte schlechthin. Er ist auch aktueller Diskussionsstoff für den Alltag, insbesondere für die Bundestagswahl 2017 in der Partei DIE LINKE.
Er ist Stoff für eine anregende Debatte unter Linken heute.

Jochen Traut

Frauentagsfeier in Gehren

Wie jedes Jahr, fand auch in diesem Jahr unsere Frauentagsfeier im Haus der Begegnung mit ca. 80 Frauen in Gehren statt.
Es ist schon seit mehr als 2o Jahren Tradition des Gehrener Ortsverbandes „Die Linke“ den Frauen aus Gehren und den umliegenden Ortschaften, diesen Tag zu versüßen.
Gemeinsam mit den Gästen Petra Enders (Landrätin) und Anke Hofmann-Domke lauschten alle dem sehr schönen Programm des „Chors der Volksolidarität“, der seit 18 Jahren für uns jedes Jahr ein neues Programm einstudiert. Anschließend bekam jede Frau eine rote Nelke überreicht und es konnte dann bei selbst gebackenem Kuchen, Geplauder an der Kaffeetafel, einem guten Tropfen und dem "Heimweg-Fettbrot" der Ehrentag für die Frauen in vollen Zügen genossen werden.

Eine schöne Tradition ist die Frauentagsfeier der Linke-Ortsgruppe Gehren.
Über einhundert Frauen trafen sich am Samstagnachmittag (11. März) im Gehrener Haus der Begegnungen zur traditionellen Frauentagsfeier der Ortsgruppe der Partei DIE LINKE.
Den kulturellen Teil steuerten die Sängerinnen und Sänger des Chores der Volkssolidarität unter Leitung von Brita Dux bei und sorgten für eine lebensfrohe Atmosphäre.
Landrätin Petra Enders ließ es sich nicht nehmen, mit den über 100 Frauen aus Gehren, Jesuborn, Möhrenbach und Langwiesen an den drei festlich gedeckten Tafeln persönlich mit einem Glas Sekt anzustoßen.
Auf 106 Jahre Frauentag blickte Kreisvorsitzende Anke Hofmann-Domke, die auch als Direktkandidatin der Linke für den Bundestag antritt, zurück und fragte sich, was wohl Clara Zetkin, die Initiatorin des Internationale Frauentags zu solch einer Feier und zur Situation der Frauen in Deutschland und der Welt gesagt hätte. Nicht überall werde der Frauentag so hoch gehalten wie in Deutschland. Die politische Situation von Frauen sei weltweit nicht besser geworden sagte sie und erinnerte an fehlenden gleichen Lohn für gleiche Arbeit, an unzureichende sexuelle Selbstbestimmung von Frauen und fehlende Selbstbestimmung über ihre Schwangerschaft.
Daran knüpften die Frauen und Männer des Chores der Volkssolidarität an, die sich gemeinsam mit ihrer Chorleiterin Brita Dux auf eine „Lebensreise“ begaben.

Texte und Fotos BO-Gehren.

Thüringen rockt!
16.06.2017
Messe Erfurt

DIE LINKE.

Eintritt frei.

Soliarmband 5€. In der Geschäftsstelle. Turn-Vater-Jahn-Str. 16

Jetzt Mitglied werden/werben! DIE LINKE.

Zum 25. und letzten Mal Pfingsten 2017 am Werbellinsee

Das Wochenende

für alte und neue Mitglieder, Allwissende und Neugierige, für Klein- und Großfamilien ...

25. Pfingsten mit der LINKEN vom 2. Juni bis 5. Juni 2017 in der Europäischen Jugenderholungs- und Begegnungsstätte Werbellinsee in Altenhof

- jeden Abend Tanz in der Sporthalle bis in die Morgenstunden
- Samstag und Sonntag großes Kinderprogramm am Strand mit Neptunfest
- Fußball und Volleyballwettkämpfe am Samstag
- politische Talkrunden im Zelt am Strand zu aktuellen Themen, gemischt mit Musik und Tanz
- Europatag mit Europa-Abgeordneten und internationalen Gästen

Versorgung: - Halbpension
- für »Zwischendurch« stehen mehrere Grill- und Getränkestände für die Gäste bereit

Aktuelle Infos zum Programm ab März 2017 unter www.die-linke.de

Bitte meldet Euch bei den jeweiligen Landesvorständen verbindlich an! Anmeldungen aus den West-Landesverbänden bitte an den Landesvorstand Thüringen oder unter pfingsten-mit-der-linken@die-linke.de

Anmeldungen in der Geschäftsstelle 03628 602795

Das aktuelle Buch:

„Jetzt Reden wir weiter!“

Neue Beiträge zur DDR-Wirtschaft und was daraus zu lernen ist
Herausgegeben von Rohnstock Biografien
Berlin. eb edition berolina 2016
1. Auflage. 272 Seiten. Mit Abb.

Bereits 2013 erschien der Titel „“Jetzt Reden wir“. Was heute aus der DDR-Wirtschaft zu lernen ist.
Der Herausgeberin Katrin Rohnstock ist es zu danken, das nunmehr, nach dem Erfolg des Titels „Jetzt Reden wir“ eine Fortsetzung unter dem Titel „Jetzt Reden wir weiter!“ erscheinen konnte. Hier „erzählen ehemalige DDR-Generaldirektoren über ihr Leben und ihre Geschichten.“ Es erzählen, die Zeitzeugen, mit einem kritischen Rückblick nach Jahrzehnten, wie es gewesen ist, nicht wie im Mainstream, wie es gewesen sein soll, wie wir gelebt haben sollen, in diesem kleinen Land DDR.

Die Herausgeberin, Katrin Rohnstock schreibt im Grußwort:
„Der vorliegende Band versammelt ausgewählte Beiträge der mittlerweile 50 Erzählsalons, die wir seit 2012 monatlich im Salon ROHNSTOCK BIOGRAFIEN veranstalteten. In jeden dieser Salons luden wir einen Generaldirektor eines zentralgeleiteten DDR-Kombinats ein, uns teilhaben zu lassen an der Entwicklung seiner Wirkungsstätte. Im zweiten Teil der Veranstaltung tauschen sich 20 bis 50 Kollegen, Mitstreiter und Wirtschaftsexperten über die geschilderten Ereignisse aus, ergänzen, widersprechen, relativieren.
Wir haben uns bemüht, in der vorliegenden Publikation die Lebendigkeit, Widersprüchlichkeit und Komplexität der Auseinandersetzungen einzufangen. Dabei ergaben sich viele Fragen, die das Buch nicht beantwortet. ... Die Vielzahl der vorgetragenen Standpunkte verdeutlichen zugleich, dass die Meinungen der sogenannten Nomenklatura alles andere als homogen waren. ... In ihnen spiegeln sich die Konflikte der DDR-Wirtschaftsentwicklung.“ (Seiten 7/8)

Dieser Band versammelt Generaldirektoren, die zu den folgenden Themen sprechen:

- Eckhard Netzmann: „Die Grundlagen der Energieversorgung“ (Seiten 28 bis 38)
- Hans Sandlaß: „Ein Leben für die Energieversorgung“ (Seiten 39 bis 61)
- Manfed Domagk, Wilfried Maier, Walter Siegert: „Die Preispolitik der DDR – Das Amt für Preise“ (Seiten 63 bis 90)
- Günter Kretschmer: „Unternehmen Luft und Kälte – Die Klimatechnik“ (Seiten 91 bis 107)
- Diskussion „Generaldirektoren-Salon „Klimatechnik“ vom 15. Mai 2014 (Seiten 108 bis 112)
- Karl Nendel: „Die 1-MB-Story – Die Mikroelektronik“ (Seiten 113 bis 126)
- Winfried Sonntag: „Hoch auf dem Kunststoffwagen – Der Fahrzeugbau“ (Seiten 127 bis 143)
- Joachim Lezoch: „Der Schuh-General- Die Schuhindustrie“ (Seiten 144 bis 160)
- Christa Bertag: „Schönheit kommt von Chemie – Die Kosmetik“ (Seiten 161 bis 180)
- Katrin Rohnstock . Fragen an Christa Bertrag (Seite 181)
- Winfried Noack: „Gesundheit für alle – Die Pharmazie“ (Seiten 182 bis 194)
- Diskussion „Generaldirektoren-Salon „Pharmazie“ vom 7. November 2013 (Seiten 194 bis 197)
- Wolfgang Neupert: „Sport frei! – Erfolg im Sportgerätebau“ (Seiten 198 bis 209)
- Peter Lietz: „Der Mikrobiologe und das Bier – Spirituosen, Wein & Sekt“ (Seiten 210 bis 221)
- Diskussion „Generaldirektoren-Salon „Spirituosen, Wein und Sekt“ vom 10. April 2014“ (Seiten 222 bis 227)
- „Ein kollektives Nachdenken über Vergangenheit und Zukunft – Was wir aus der DDR-Wirtschaft lernen können“ (Seiten 228 bis 248)
- Kurzbiografien (Seiten 249 bis 261)
- Glossar (Seiten 262 bis 272)

Soweit die Inhaltsübersicht.
Der Gesamttext, übersichtlich gestaltet, neben den Berichten, vorangestellt der persönliche Werdegang des jeweiligen Generaldirektors/der Generaldirektorinnen, lässt sich fließend lesen. Die Diskussionen/Berichte aus den jeweiligen „Salons“ ergänzen die persönlichen Erfahrungen des jeweiligen Generalsdirektors/ Generaldirektorinnen. Die Kurzbiografien (Seiten 249 bis 261) sowie die verwendeten Abkürzungen – Glossar – (Seiten 262 bis 272) sind wertvolle Ergänzungen zum Text.

Christa Luft gibt auf den Seiten 245/246 in vier Punkten und einem Fazit eine Bilanz und zugleich Ausblick, zu dem was von der DDR-Wirtschaftspolitik für Zukünftiges zu Lernen gibt.
„Erstens: Naturressourcen, die nur beschränkt zur Verfügung stehen und nicht vermehrbar sind wie Grund und Boden, befanden sich in öffentlichem (staatlichen oder kommunalen) beziehungsweise genossenschaftlichem Eigentum. Damit waren sie der Spekulation entzogen.
Zweitens: Einkommen und vermögen konnte man in der DDR nur durch Arbeit erwerben. Dabei waren die Einkommensunterschiede überschaubar und die Erbschaften – gemessen an dem, was heute in manchen Bevölkerungskreisen leistungslos vererbt wird – kaum der Rede wert.
Drittens: Der Zugang zu den Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Bildungs- und Gesundheitswesen, Energie- und Wasserversorgung, Kulturangebote etc. war für alle Bürgerinnen und Bürger kostenlos bzw. kostengünstig gewährleistet.
Viertens: Das Finanzwesen war Dienstleister der Realwirtschaft und nicht – wie heute – verselbstständigt deren Knechter. ... Finanzspekulation gehörte nicht zu deren Geschäftsmodell.
Fazit: Auch von einer Wirtschaft, die aus verschiedenen Gründen letztlich gescheitert ist, kann man viele Dinge lernen.
Nur: Bei dominierendem privatkapitalistischen Eigentum und den aktuellen politischen Mehrheitsverhältnissen gibt es dazu keine Bereitschaft.
Eine Blaupause bietet Vergangenes dafür nicht, aber dafür sehr wohl nützliche positive als auch kritisch-konstruktiv zu analysierende Erfahrungen.“
Abschließend die Auffassung von Christa Bertag, Generaldirektorin des Kosmetik-Kombinats Berlin, die wohl für die Auffassung sozialistischer Wirtschaftsleiter in der DDR charakteristisch war.
„War ich als Generaldirektor Verwalter einer Mangelwirtschaft? Das werde ich öfters gefragt. Die DDR besaß nur wenige technologische und materialwirtschaftliche Ressourcen. Wir waren gezwungen, sparsam mit ihnen umzugehen. Aber wir verwalteten sie keineswegs nur. Wir versuchten, aus dem, was uns zur Verfügung stand, das Beste zu machen. Es war für uns Ansporn, die Planauflagen zu erfüllen, indem wir durch Straffung des Sortiments und Vermeidung von Ausschuss aus dem Vorhandenen mehr machten. So manchem Unternehmen würde es heute gut anstehen, sparsam mit Ressourcen umzugehen, sie nicht zu verschwenden.
Also: Verwalter einer Mangelwirtschaft? Ich nahm mich als Generaldirektor nie als Angestellter oder Verwalter wahr, für mich handelte es nicht um einen austauschbaren >Job< nach dem Motto: Heute arbeite ich in dieser Firma, aber wenn mir morgen eine andere mehr zahlt, wechsle ich dorthin.
Ich betrachtete die Aufgabe als Auftrag und wollte in diesem Kombinat etwas bewegen, die Produktion besser organisieren, alles tun, damit der Bedarf der Bevölkerung und die Exportaufträge erfüllt werden konnten. Es war mir eine Verpflichtung.“ (Seite 163)

Es ist lesenswert. So lange diese Generation von Wirtschaftsfunktionären, gut ausgebildet und mit einer inneren Verpflichtung zum Wohle der Gesellschaft etwas beizutragen, noch lebt, sind ihre Erfahrungen, wie hier aufgeschrieben, für die nachfolgenden Generationen nicht unbedeutend.

Jochen Traut

Vor 65 Jahren: Todesschüsse vor der Gruga-Halle - Teil I

„Gruga“ - das heißt „Große Ruhrländische Gartenbau-Ausstellung“, ein Name, bei dem man an friedvolle Beschaulichkeit in grüner Idylle, an sanftes Blätterrauschen, fantastische Blütenpracht und melodisches Vogelgezwitscher denkt. Doch an jenem 11. Mai 1952 war es damit vorbei, denn an diesem verhängnisvollen Tag wurde der Frieden des Geländes jäh durch ein äußerst unfriedliches Aufgebot nordrhein-westfälischer Polizei gebrochen, das auf Befehl des Kommissars Knobloch rücksichtslos in die für Frieden und gegen Wiederaufrüstung, Remilitarisierung und NATO-Beitritt friedlich demonstrierende Menge schoss. Ein Toter und zwei Schwerverletzte blieben auf dem Pflaster: Der Münchner Lokomotivschlosser Philipp Müller, Mitglied von KPD und FDJ, wenige Wochen zuvor 21 Jahre alt geworden, war das erste Todesopfer in der Bundesrepublik Deutschland, das ein polizeilicher Schießbefehl gegen eine Demonstration gefordert hatte. Von zwei Schüssen, darunter einem direkt ins Herz, getroffen, brach er zusammen, doch als ihn die Polizei schließlich abtransportierte, lebte er noch. Erst auf dem Weg ins Krankenhaus starb Philipp Müller – durch Polizeikugeln war sein junges, doch kaum begonnenes und so hoffnungsvoll gewesenes Leben ausgelöscht worden. Das erste Ehejahr war kaum verstrichen, da war seine Frau Ortrud bereits zur Witwe geworden, sein gerade 6 Monate alter Sohn Joachim sollte seinen Vater nie kennenlernen. Weitere Opfer der im Namen der „Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung“ brutal und rücksichtslos in die Menge feuernden Polizisten wurden der Kasseler Sozialdemokrat Bernhard Schwarz und der Gewerkschafter Albert Bretthauer aus Münster.

Nein, offiziell hat es diese tödlichen Schüssen von Essen nie gegeben – der 11. Mai 1952 ist kein Tag, der einer Aufnahme in die Annalen bundesdeutscher Geschichtsschreibung für würdig befunden wurde. Wäre es ein Ereignis in der DDR gewesen, ähnlich dem 17. Juni 1953 etwa, wo Arbeiter in blinder Wut und mit kräftiger Nachhilfe vor allem aus Berlin (West) drauf und dran waren, den Staat gewaltsam abzuschaffen, der der ihre werden sollte, dann freilich wäre er mit goldenen Lettern in der Ruhmeshalle des deutschen Staates verewigt worden, der bemerkenswerterweise außer sozialer Unsicherheit, Billiglöhnen, „Ein-Euro-Jobs“ und Rente mit 67 für die arbeitenden Menschen nichts übrig hat. Doch von Essen zieht sich heute unauslöschlich eine nahezu gerade Linie nach Afghanistan, wo die Bundeswehr das praktiziert, wogegen damals so machtvoll demonstriert worden war – Wiederaufrüstung und Remilitarisierung für einen künftigen Krieg. Es gehört nicht nur zu den Schatten-, sondern zu den verhängnisvollen schwarzen Seiten in der Geschichte dieser Bundesrepublik, dass sie, kaum gegründet, der wenige Jahre zuvor gerade noch entronnenen Katastrophe zum Trotz nach von den alten Generalen aufgebautem, geprägtem und kommandiertem Militär strebte, ja wenige Jahre später auch die Verfügungsgewalt über Kernwaffen verlangte. Mit den am 8. Mai 1945 noch Gegner gewesenen und nun zwecks Erreichung des mit jener berüchtigten Fulton-Rede Winston Churchills angestrebten „roll back“ dessen, was in Washington unter Kommunismus verstanden wurde, zu Verbündeten gewordenen westlichen Siegermächten gab sich die Regierung Adenauer der trügerischen Hoffnung hin, durch NATO-Mitgliedschaft und neue Streitkräfte die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges gewaltsam rückgängig machen zu können, wodurch sie den ohnehin mehr als brüchigen Frieden auf der Erde erneut in größte Gefahr brachte. Auf der koreanischen Halbinsel tobte zu dieser Zeit bereits ein furchtbarer Krieg, den die USA unter Missbrauch der UNO-Flagge mit Bombenteppichen und Napalm führten, ein Krieg, dessen Grausamkeit sich unauslöschlich in das Gedächtnis der Bevölkerung vor allem in der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik eingeprägt hat. Doch der Rosenzüchter aus Rhöndorf musste erst einmal die Rechnung ohne den Wirt machen, zu frisch noch war die vergangene Katastrophe im Gedächtnis großer Teile der Bevölkerung, brandgeschwärzt noch viele davon kündende Ruinen. Noch war die Zahl derer, die als Landser erst die Hölle des Krieges erleben und dann in Gefangenenlagern darben und den Dreck wegräumen mussten, und damit die Zahl derer, die sich ein „nie wieder“ geschworen hatten, groß. Doch die Zahl der anderen, die als einstige Befehlshaber die schweren Nachkriegsjahre in idyllischen Landhäusern überdauert oder sich mit ihren „Erfahrungen bei der Bekämpfung des Kommunismus“ inzwischen bei den Regierenden in Washington angedient hatten und nun schon wieder bereitstanden, um es „beim nächsten Mal besser zu machen“, wuchs dank wohlwollender Förderung der Regierung Adenauer zwar unmerklich, doch für alle, die mit wachen Augen durchs Leben gingen, auch unübersehbar. Es galt eine machtvolle Bewegung gegen die neue Gefahr zu organisieren, über Partei- und Weltanschauungsgrenzen hinweg, es galt, statt des Trennenden das Einende, den Kampf für Frieden und Abrüstung, voranzustellen. Dass dabei Mitglieder von KPD, FDJ und VVN in der BRD zu den aktivsten gehörten, verstand sich von selbst, doch kamen dazu ebenso Pazifisten, verantwortungsbewusste Sozialdemokraten und Gewerkschafter sowie prominente kirchliche Würdenträger wie der antifaschistische Pastor Martin Niemöller (1892 – 1984), Kirchenpräsident der evangelischen Kirche von Hessen-Nassau, und Pfarrer Herbert Mochalski (1910 – 1993). Erschreckt von dieser immer machtvoller werdenden Friedensbewegung ließ die Regierung Adenauer alle Register ziehen, um sie mundtot zu machen: Der Bogen spannte sich von der Verharmlosung der Remilitarisierungspolitik als „Wiederbewaffnung“ über die Diffamierung der Friedensbewegung als „von Moskau gesteuert“ und „SED-gelenkt“, Berufsverbot für Mitglieder von KPD, FDJ und VVN im öffentlichen Dienst bis zum Verbot der Volksbefragung gegen Remilitarisierung und dem Einsatz brutalster Polizeigewalt. Dass UdSSR und DDR schon angesichts der leidvollen Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus und der von ihm entfesselten Katastrophe auf Seiten der bundesdeutschen Friedensbewegung standen, lag nicht nur in der Natur der Sache, es machte auch den großen Unterschied zur offiziellen BRD deutlich, die sich vorbehaltlos auf die Seite der USA gestellt hatte und deren grausamen Krieg im „Land der Morgenfrische“, in dem es diesem poesievollen Namen zum Hohn nur noch nach verschmorten Leichen und verbrannten Ruinen stank, politisch unterstützte.

Als Teil dieser Friedensbewegung hatte eine am 2. März 1952 in Darmstadt stattgefundene Konferenz von Vertretern verschiedener Jugendorganisationen unter Leitung von Pfarrer Mochalski zu einer „Jugendkarawane gegen Wiederaufrüstung und Generalvertrag“ aufgerufen und dieser Aufruf fand einen von den Regierenden so nicht erwarteten breiten Widerhall. Diese machtvolle Protestveranstaltung musste folglich unter allen Umständen verhindert werden und dies hatte so nachhaltig zu geschehen, dass es niemand wieder wagen sollte, sich der Wiederaufrüstungs- und Remilitarisierungspolitik in den Weg zu stellen. Dazu war jedes Mittel recht, vom hinterhältigen Verbot über die Kriminalisierung bis zur brutalsten Polizeigewalt unter Einsatz von Gummiknüppeln, Hunden, Wasserwerfern und auch rücksichtslosem Schusswaffengebrauch. Als sich die Teilnehmer der Jugendkarawane am 11. Mai in Essen, als Standort der Krupp-Werke ein Zentrum der Rüstungsindiustrie, versammelten, waren sie 30.000 – eine beachtliche

Zahl, die noch viel größer gewesen wäre, doch die Staatsmacht hatte alle Register gezogen, um viele Jugendliche von der Ruhrmetropole fernzuhalten: Wer in der Nacht zuvor oder am Morgen dieses Tages anreisen wollte, kam gar nicht erst ans Ziel. Züge und Busse wurden von Polizei durchkämmt und jeder zur Protestveranstaltung Anreisende gewaltsam an der Weiterfahrt gehindert. Bundesinnenminister Robert Lehr (CDU) und Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident und zugleich Innenminister Karl Arnold (CDU) hatten die Jugendkarawane kurzerhand verboten, und zwar am Abend des 10. Mai, also so kurzfristig und damit hinterhältig, dass die meisten Teilnehmer gar nichts davon wussten. Das waren natürlich zuallererst die, die Essen schon erreicht hatten. Gerade die Organisierung der Jugendkarawane hatte die Regierenden in größte Unruhe und allerhöchste Alarmbereitschaft versetzt, sollte sie doch ein Höhepunkt bisheriger Friedensaktionen werden: Bereits am 25. September 1950 hatten 25.000 junge Bergarbeiter auf ihrem 1. Jugendtag Bundespräsident Theodor Heuß mit dem Sprechchor „Wir wollen keine Soldaten sein - Theodor, geh Du allein!“ empfangen. Da war die BRD gerade etwas mehr als ein Jahr alt geworden und doch sollte es schon „wieder losgehen“! Starke Resonanz hatte deshalb ein Brief Martin Niemöllers gefunden, in dem er Bundeskanzler Konrad Adenauer zu einer Volksbefragung über die Wiederaufrüstung aufgefordert hatte. Wie weit verbreitet und wie stark die antimilitaristische Stimmung in der Bevölkerung war, musste auch der US-amerikanische Hohe Kommissar John McCloy zur Kenntnis nehmen. So vermerkte er in seinem letzten Vierteljahresbericht für 1950 nach Washington, „die aufrichtige und ziemlich verbreitete Überzeugung, im Lichte der jüngsten Erfahrungen könne die Wiederaufrüstung für Deutschland nicht als ein Weg zu Frieden und Sicherheit gewertet werden“; darum stoße die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Militärbündnis auf „eine ausgedehnte und nachdrückliche Opposition der Deutschen.“ Der Korrespondent der „New York Times“, Drew Middleton, schrieb zu Beginn des Jahres 1951 so sachlich und nüchtern wie klar und eindeutig „Der Enthusiasmus, den die westlichen Generale und Politiker über die deutsche Wiederbewaffnung bekunden, findet in diesem Lande keinen Widerhall. Insbesondere trifft das auf jene Erwachsenenkontingente zu, aus denen die Truppen rekrutiert werden müssen.“ und gab den Politikern seines Landes den wohlmeinenden Rat „Zwingen Sie jetzt nicht den Deutschen die Wiederbewaffnung auf; sie wollen es nicht.“ Angesichts dieser Stimmung war es nicht verwunderlich, dass Martin Niemöllers Forderung nach einer Volksbefragung auf großen Widerhall stieß. Das Bundeskanzleramt hüllte sich zunächst in Schweigen, „der alte Fuchs“ zog es vor, abzuwarten und die Stimmung nicht noch weiter anzuheizen. Doch als ein von den Initiatoren ins Leben gerufener Ausschuss nun selbst das Heft in die Hand nahm und mit den Vorbereitungsarbeiten für die Befragung begann, wurde in Bonn zugeschlagen: Am 24. April 1951 wurde sie durch die Bundesregierung mit der verlogenen Begründung, sie stelle einen

„Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes dar“, verboten. Damit konnte freilich nicht verhindert werden, dass sich bis zum 16. März 1952 rund 9 Millionen Bürgerinnen und Bürger der BRD gegen die Remilitarisierung aussprachen. Bei deren Verfechtern herrschte somit höchste Alarmstufe – nicht nur wegen dieser großen Zahl, sondern auch, weil die DDR mit gutem Beispiel voranging: Dort hatte nämlich bereits am 3. Juni 1951 eine Volksbefragung gegen die Remilitarisierung stattgefunden, und zwar ganz offiziell und mit Beteiligung der höchsten Repräsentanten des Staates. Die in Bonn herrschende große Besorgnis war angesichts der Ausstrahlungskraft dieser Befragung und ihres überwältigenden Ergebnisses längst der Furcht vor dem Willen der eigenen Bevölkerung gewichen und so wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um eine solche Volksbefragung in der BRD auf Biegen und Brechen zu verhindern. Dort, wo man immer so tat und auch heute weiterhin so tut, als habe man die Demokratie gepachtet, war Volkes Meinung nicht gefragt, sie sollte im Gegenteil mundtot gemacht werden, wenn sie den Interessen der Herrschenden gar zu gefährlich wurde.

So wurde also die Jugendkarawane gewissermaßen über Nacht verboten, so dass die bereits angereisten Teilnehmer in dem guten Glauben auf die Straße gingen, dass die angemeldete Kundgebung wie geplant stattfinden würde. Hier kam die ganze Hinterhältigkeit regierungsamtlichen Handelns zum Ausdruck, konnte doch so diese Aktion und damit letztlich die gesamte Friedensbewegung illegalisiert und kriminalisiert werden. Bundesinnenminister Lehr hatte auch bewusst keinen triftigen Grund für das Verbot genannt, die nachgereichte Behauptung, es seien wegen weiterer Veranstaltungen nicht genügend Polizisten zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit vorhanden, war so vorgeschoben wie verlogen. Am 11. Mai sahen sich nämlich die Teilnehmer der Jugendkarawane, die mehrere kleinere Kundgebungen im Stadtgebiet organisierten, massiven Polizeiaufgeboten gegenüber, die mit großer Brutalität vorgingen, um die Versammelten zu vertreiben. Vor der Gruga-Halle geriet die Lage schließlich außer Kontrolle, was ganz offensichtlich auch so gewollt war, um staatlicherseits ein nachhaltiges Exempel statuieren und die Friedensbewegung durch inszenierte Zwischenfälle und Krawalle kriminalisieren zu können. Unmittelbar nach der über Polizeilautsprecher ergangenen Verbotsverkündung und der Aufforderung, die Friedenskundgebung abzubrechen, trat die durch ihre maßlose Brutalität berüchtigt werden sollende Einsatzgruppe Wolter in Aktion. Mit Polizeihunden wurde eine regelrechte Hetzjagd auf die Demonstranten veranstaltet. Sodann befahl Kommissar Knobloch, rücksichtslos in die Menge zu schießen, wobei Philipp Müller in den Rücken getroffen, also von hinten erschossen wurde. Er hatte dem polizeilichen Todesschützen folglich nicht einmal Auge in Auge gegenübergestanden!

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe.

Hans-Joachim Weise

Bild: Auf einer Veranstaltung in Leipzig gedenken Mitglieder der FDJ der Opfer des Polizeiterrors von Essen. (Sammlung Verfasser)

Termine im April

03.04.17	19.00 Uhr	Kreistagsfraktion. Arnstadt, Ritterstraße 14; Landratsamt
04.04.17	10.00 Uhr	Info-Stand. Arnstadt, Erfurter Straße; Hopfenbrunnen
04.04.17	16.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; DIE LINKE
04.04.17	18.00 Uhr	Stadtvorstand. Ilmenau, Topfmarkt 4; DIE LINKE
05.04.17	14.00 Uhr	Kreistag. Arnstadt, Brauhausstraße 1 – 4; Stadthalle
06.04.17		Ehrung der Opfer des Todesmarsches vom April 1945 an den Stelen
	09.00 Uhr	Arnstadt; Südbahnhof
	09.15 Uhr	Arnstadt; Wachsenburgallee
	09.35 Uhr	Espenfeld; Kirche
	09.50 Uhr	Espenfeld; Sowjetisches Ehrenmal
	10.10 Uhr	Siegelbach; Kirche
	10.25 Uhr	Plaue
	10.45 Uhr	Gräfenroda
	11.00 Uhr	Frankenhain
	11.35 Uhr	Stadtilm
	11.50 Uhr	Dienstedt
	12.00 Uhr	Nahwinden
08.04.17	11.00 Uhr	Arnstadt. Gedenkstätte im Jonastal; Gedenkveranstaltung „Befreiung KZ III im April 1945
09.04.17	13.30 Uhr	Gedenkstätte Buchenwald. Appellplatz; Veranstaltung anlässlich der Befreiung im April 1945
10.04.17	19.00 Uhr	Stadtvorstand. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; DIE LINKE
15.04.17	10.00 Uhr	Ostermarsch. Ohrdruf; Todesmarsch-Denkmal. Marsch zum Standort-Truppenübungsplatz
18.04.17	09.00 Uhr	Geschäftsführender Kreisvorstand. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; DIE LINKE
21.04.17	16.00 Uhr	Stadtmitgliederversammlung. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 20; DIE LINKE
21.04.17	19.00 Uhr	„Der Prozess gegen Iwan M. Demjanjuk“. Vortrag/Diskussion. Arnstadt, Plauesche Straße 20
23.04.17	10.00 Uhr	„Roter Stammtisch“. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; DIE LINKE
24.04.14	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; DIE LINKE
26.04.17	10.00 Uhr	AG-Senioren Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; DIE LINKE
26.04.17	18.00 Uhr	Kreisvorstand. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; DIE LINKE
27.04.17	10.00 Uhr	Karl-Zink-Ehrung. Ilmenau, Karl-Zink-Straße; Ehrenmal
		Veranstaltungen zum 1. Mai 2017
	10.00 Uhr	Arnstadt, **Wiese an der Wohnscheibe**
	10.00 Uhr	Ilmenau, An der Schlossmauer
	10.00 Uhr	Gehren, Großbreitenbacher Straße; Gaststätte „Zum Steinbruch“

8. Mai 2017 Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

10.00 Uhr Arnstadt, Friedhof; Ehrenmal/Gräber für die Kinder der Zwangsarbeiterinnen

Es spricht: Petra Enders, Landrätin